

**Autorin: Angela Ventrici und Philipp Schulz**, Mitglieder der Pressegruppe am YPAC 2016.

Manch einer würde sich fragen, ob die Jugend von heute überhaupt noch Interesse an Politik hat. Die Antwort ist: Ja. Seit elf Jahren nehmen jeweils rund 80 junge Leute aus zehn verschiedenen Schulen der Alpenstaaten Frankreich, Slowenien, Deutschland, Österreich, Italien, Liechtenstein und Schweiz am „Youth Parliament of the Alpine Convention“ (YPAC) teil. Seit der erstmaligen Durchführung der Parlamentssimulation 2006 durch das Akademische Gymnasium Innsbruck ist hierbei das primäre Ziel, Jugendliche mit den aktuellen Herausforderungen des Alpenbogens zu konfrontieren und ihren Lösungsansätzen ein Sprachrohr zu bieten.

Dieses Jahr wurde das YPAC vom 9. bis 13. Mai in Bassano del Grappa in Italien abgehalten. Auch die Kantonsschule Trogen nahm mit einer siebenköpfigen Delegation teil. Das Tagungsthema war „Green Economy“ und deren unterschiedliche Ausprägungen und Bestandteile. In zwei Tagen arbeiteten Jugendliche in vier Komitees und diskutierten über Lösungsstrategien zu den vier Unterkategorien Lebensqualität, lokales Gewerbe, Konsum sowie Freizeit und Kultur. Auch Personen aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung, wie beispielsweise der Generalsekretär der Alpenkonvention, Markus Reiterer sowie der ehemalige Präsident der Region Val Poschiavo, Cassiano Luminati, machten ihre Aufwartung und standen den Jugendlichen mit ihrem Rat zur Seite.

Am Ende der zwei Tage waren 16 Forderungen formuliert, welche am abschließenden Donnerstag in einer aufwändig inszenierten Generalversammlung von den Delegierten besprochen wurden. Schliesslich wurden zehn Forderungen ausgewählt, welche im Anschluss an das Jugendparlament von den beteiligten Jugendlichen an die interessierte und betroffene Öffentlichkeit in ihren Heimatregionen getragen werden sollen. *Link: [www.ypac.eu](http://www.ypac.eu)*.

### YPAC 2016 Bassano, Resolutionen

1. Forderung 1: Integration durch kulturelle Veranstaltungen  
Wir fordern, dass das Verhältnis zwischen Menschen, die bereits im Alpenraum leben, und denen, die einwandern, durch gemeinsame kulturelle Veranstaltungen verbessert wird.
2. Forderung 2: Umweltfreundliche Renovierung spart Platz  
Wir fordern, dass Tourismuseinrichtungen aus alter Bausubstanz in einer zeitgemäßen, attraktiven und energie-effizienten Weise renoviert werden, anstatt neue Gebäude für den Tourismus zu errichten.
3. Forderung 3: Unterstützung umweltfreundlicher Firmen-Neugründungen  
Wir fordern, dass umweltfreundliche Firmen-Neugründungen in den Alpen durch Steuervergünstigungen und regelmäßige Messen unterstützt werden mit dem Ziel, die Green Economy zu fördern.
4. Forderung 4: Erschwinglicher Öffentlicher Nahverkehr zur Reduzierung von Emissionen  
Wir fordern die Einführung von Universaltickets für flexible Zeiträume für Einheimische und Touristen, um durch die verstärkte Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs die Luftverschmutzung zu reduzieren.
5. Forderung 5: Bergsteigerdorf  
Wir fordern, die österreichische Idee des nachhaltigen Bergsteigerdorfes in der gesamten Alpenregion zu verbreiten.
6. Forderung 6: Effizientes Recycling  
Wir fordern die flächendeckende Verbreitung effizienter Mülltrennung im öffentlichen Raum in den Alpen.
7. Forderung 7: Industrielle Symbiose  
Wir fordern die Verwirklichung einer Kreislaufwirtschaft, die sich zum Ziel setzt, Müll als Ressource wiederzuverwenden. Die Schaffung eines Netzwerks zur Innovation und nachhaltigen kulturellen Veränderung soll dieses Ziel unterstützen.
8. Forderung 8: Life Cycle Assessment  
Wir fordern eine Methode, die sichtbar macht, inwiefern die Herstellung eines Produktes die Umwelt beeinträchtigt. Eine Ampel-Skala auf Produkten zeigt den Einfluss des Herstellungsprozesses auf die Natur.
9. Forderung 9: Sich selbst erhaltende Terrassenlandschaft  
Wir fordern, bereits existierende Terrassenlandschaften (z. B. in Oberitalien) als Teil unseres kulturellen Erbes selbsterhaltend und produktiv umzugestalten.
10. Forderung 10: Bauen und Natur  
Wir fordern ein Gleichgewicht zwischen Natur und Urbanisierung. Regionale Entscheidungsträger, die die Raumplanung verantworten, sind angehalten für ausreichend unbebaute Grünflächen zu sorgen und Überentwicklung zu verhindern.